

Gräben in der Pflegepolitik

Gebührenstreit Der Entscheid des Gemeinderats, künftig selbst über die Gebühren in städtischen Alterszentren zu bestimmen, löst Kritik und Befürchtungen bei den gemeinnützigen Altersinstitutionen aus. **Von Jan Strobel**

Für Markus Hungerbühler, Präsident der Interessengemeinschaft gemeinnütziger Altersinstitutionen Zürich (IGA), war die Abstimmung im Gemeinderat vom letzten Mittwoch zwar keine Überraschung; sie birgt für ihn allerdings eine potenzielle Gefahr für die Existenz gemeinnütziger Pflege- und Altersinstitutionen in der Stadt Zürich. Mit knapp 1800 Pflegebetten decken sie rund 40 Prozent der stationären Pflegeversorgung in Zürich ab. In geheimer Abstimmung hiess der Gemeinderat eine parlamentarische Initiative von SP, Grünen und AL gut, welche künftig dem Stadtparlament die Kompetenz über die Festlegung der Gebühren von städtischen Gesundheitszentren übertragen will. Bisher oblag diese Kompetenz dem Stadtrat, festgelegt in der «Verordnung über städtische Einrichtungen für ältere unterstützungsbedürftige oder pflegebedürftige Personen». Bereits im Herbst 2023 hatte Gesundheitsvorsteher Andreas Hauri beschlossen, die Gebühren in städtischen Altersinstitutionen um 17 Franken pro Tag oder 6205 Franken pro Person und Jahr zu erhöhen. Diese neuen Taxen gelten seit 1. Januar 2024.

Im Parlament formierte sich Widerstand gegen diese «massive Erhöhung ohne Mitsprache des Gemeinderats». SP, Grüne, AL und auch die SVP sahen darin die Gemeinderatsordnung verletzt. Zudem sei die Gebührenerhöhung für Be-



Markus Hungerbühler (kleines Bild) sieht gemeinnützige Altersinstitutionen einem erhöhten Konkurrenzdruck ausgesetzt. Bilder: PD/Unsplash

troffene aus dem unteren und dem mittleren Mittelstand «mit grossen Härten» verbunden. Werde dem Stadtrat die Kompetenz für die Festlegung der Gebühren entzogen, diene das der «demokratischen Mitsprache». Die SVP zog sich später allerdings aus der parlamentarischen Initiative zurück.

Verlust von Pflegeplätzen

Für Markus Hungerbühler von der IGA ist klar: Dass der Gemeinderat nun die Gebühren für die städtischen Altersinstitutionen festlegen soll, setze die Taxen der politischen – und mithin auch ideologischen – Kontrolle aus. «Die Gefahr besteht, dass die angestrebte Regelung strukturell die städtischen Gesundheitszentren bevorzugen würde», ist Markus Hungerbühler überzeugt. Der Kostendeckungsgrad bei den städtischen Gesundheitszentren liege bei 95 Prozent. «Die rest-

lichen fünf Prozent, also die Defizite, zahle der Steuerzahler. «Unsere privat-gemeinnützigen Institutionen hingegen müssen mit den behördlich festgelegten Taxen wirtschaften und mithalten können, dies notabene ohne Subventionen, Rücklagen oder Ausgleichszahlungen», sagt Markus Hungerbühler. «Wir haben keine Steuerzahler hinter uns, brauchen am Ende aber eine schwarze Null.» Es sei bereits jetzt absehbar, dass der Gemeinderat im Rahmen seiner neuen Kompetenz die Gebühren für städtische Gesundheitszentren senken werde, zeigt sich Markus Hungerbühler überzeugt. «Das wird zu einer Wettbewerbsverzerrung führen. Viele unserer gemeinnützigen Institutionen können dann mit den tieferen Taxen der städtischen Gesundheitszentren nicht mehr mithalten. Müssen gemeinnützige Häuser aufgrund dieses staatlich verordneten Konkurrenzdrucks schliessen,

droht der Verlust von Pflegeplätzen», so der IGA-Präsident. Verloren gingen damit dringend benötigte Plätze, welche die Stadt schliesslich mit Steuergeldern und hohen Investitionen kompensieren müsste. «Das würde nicht nur die Pflegequalität schwächen, sondern auch Arbeitsplätze im Pflegebereich gefährden.» Zudem greife das Argument, dass die gegenwärtigen Taxen den unteren und mittleren Mittelstand zu stark belasten, zu kurz, betont Markus Hungerbühler. Für Bewohnerinnen und Bewohner mit Anspruch auf Ergänzungsleistungen übernehme das Amt für Zusatzleistungen in der Regel die höheren Taxen. «Diese Personen werden dadurch finanziell nicht zusätzlich belastet.»

«Was wir fordern, sind gleich lange Spiesse für alle Trägerschaften, wie beispielsweise gleiche finanzielle Rahmenbedingungen oder gleiche Erwartungen an die Kostendeckung», bekräftigt Markus Hungerbühler. «Wir wollen ein gesundes Miteinander statt Verdrängung und Einheitsbrei.» Die Interessengemeinschaft gemeinnützige Altersinstitutionen werde deshalb zusammen mit den Parteien, welche gegen die Initiative stimmten, das Referendum gegen den Entscheid des Gemeinderats ergreifen. «Wir wollen, dass das Volk das letzte Wort hat.»

Ihre Meinung zum Thema?
echo@tagblattzuerich.ch

Anzeige



SOMMER FEELING

IHRE NEUE HAARFARBE

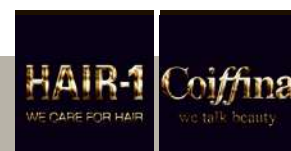
Mit strahlendem Glanz

100% VEGAN
0% AMMONIAC

Zürich-City
Uraniastrasse 14, 8001 Zürich
044 215 18 18

Oerlikon
Züri 11 Shopping
044 311 30 00

coiffina.ch



Gutscheine zu gewinnen

Das TAGBLATT ZÜRICH verlost
2 Gutscheine à Fr. 50.00

Gültig bis 11. September 2027
in allen Coiffina-Filialen.

Schreiben Sie uns eine E-Mail mit Namen, Adresse, Telefon und Betreff «Coiffina» an:
gewinn@tagblattzuerich.ch